



Anke Drexler, Fraktionsvorsitzende

Rede zum Haushalt der Stadt Dachau für das Jahr 2023

**- Es gilt das gesprochene Wort -**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine Damen und Herren,

Der Bayerische Städtetag spricht von einem dauerhaften Krisenmodus, in dem die Städte arbeiten. Auch in Dachau sind die wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Kriegs u.a. mit steigenden Energiekosten und hoher Inflation für die Menschen spürbar. Auch in Dachau bestehen noch vielfältige sozialen und wirtschaftliche Folgen der Corona Pandemie.

Davon ist auch der städtische Haushalt betroffen und die Auswirkungen auf den Haushalt sind umfassend und massiv: Sie betreffen u.a. die Energiekosten, den Bauunterhalt und erzeugen stark steigende Baukosten.

Dazu kommt, und das ist ein Thema seit langem: ein strukturelles Defizit bei den kommunalen Finanzen. Die übertragenen Aufgaben von Bund und Land, die stetig wachsen, passen nicht zu den übertragenen Mitteln. Die Stadt steht vor großen Aufgaben, mit großen Investitionen, in die Kinderbetreuung, bei den Schulen und für den Sport (Stichwort ASV, TSV). Bei der Kinderbetreuung bleibt die Stadt immer noch auf einem riesigen Defizit bei den Betriebskosten sitzen, weil der Freistaat immer noch keine ausreichende und auskömmliche Unterstützung bietet – das Defizit liegt in 2023 bei wahrscheinlich 15 Mio. Euro.

Die Stadt Dachau investiert stark in den Bau von Krippen und Kindergärten (für 2024 sind über 15 Millionen eingeplant). Als sinnvolle Verheißung für Eltern, aber auch als unheilvolle Kulisse für den städtischen Haushalt steht für August 2026 der



Rechtsanspruch für die Betreuung von Kindern im Grundschulalter (er startet mit den ersten Klassen) im Raum. Eine weitere Herausforderung, der sich die Stadt und dieser Haushalt stellt, obwohl die Stadt Dachau bereits jetzt mehr Plätze als andere Kommunen bietet.

Eine Aufgabe, der wir uns ebenso nicht entziehen können, ist der Klimawandel. Ziel muss es sein, CO<sub>2</sub> einzusparen und die Stadt zu rüsten für die Folgen des Klimawandels (Stichwort Hochwasserschutz und ja, auch Baumschutzverordnung). Wichtige Schritte sind vollzogen, der Klimabeauftragte entwickelt ein Klimaschutzkonzept und bezieht Vereine und städtischen Organisationen ein. Jetzt nimmt glücklicherweise auch der Solarpark in Etzenhausen konkrete Formen an, nachdem wir bei unseren möglichen Windkraftstandorten den bekannten Restriktionen ausgesetzt und durch die Landesregierung eingeschränkt waren. Mehr Solarenergie zu erzeugen, ist ein Weg, den wir auch in den kommenden Jahren ausweiten wollen.

Wir stellen die städtischen Beleuchtungen um auf LED, wir investieren weiter in den 10-Minuten Takt in Buslinien in Dachau (weitere 1,5 Millionen allein aus dem städtischen Haushalt), um die Umwelt zu entlasten und mehr Menschen für den Umstieg auf den ÖPNV zu begeistern. Wir investieren wieder weiter in Radwege, ein zentrales Anliegen für die SPD.

Diese Auflistung ist nur ein Teilausschnitt neuer und zusätzlicher Herausforderungen für die Stadt. Wir stellen uns diesen Aufgaben: Der Oberbürgermeister als Chef der Verwaltung, die Stadträte der SPD als größte Fraktion und mehrheitlich auch die StadträtInnen insgesamt. Wir stellen uns dieser Aufgabe, die bedeutet, immer wieder den Ausgleich zu suchen zwischen dem, was machbar ist und dem, was wir uns leisten können müssen.



Und wir wissen auch: Im Vergleich zu vielen anderen Kommunen steht Dachau gut da: Die Pro-Kopf-Verschuldung lag in 2021 noch bei 6 Euro, wir nähern uns nun der Null-Verschuldung. Wir sind also aktuell schuldenfrei.

Das wird aber nicht so bleiben. Die anstehenden Investitionen finden sich im Haushalt für die Folgejahre als Verpflichtungsermächtigungen wieder. Als Pflichtaufgaben betreffen sie Krippen und Kindergärten, Schulturnhallen und Breitensportanlagen (Stichwort ASV und TSV) und die energetische Sanierung von Gebäuden.

Dadurch werden in den nächsten Jahren zwangsläufig Schulden entstehen. Fast würde ich sagen, alternativlos – ansonsten dürften wir eben nicht mehr in Schulen, Kinderbetreuung, Sport und Kultur investieren.

Warum stoppen wir nicht alle freiwilligen Leistungen zugunsten des Haushalts? Weil wir so ein lebendiges, vielfach ehrenamtliches Angebot bildlich gesprochen, abwürgen würden. Ein Stoppen dieser Leistungen wäre ein massiver Einschnitt in das Leben der Stadt, mit dem wir dann Sportstätten ohne Vereine anbieten, und eine Stadt ohne kulturelle Angebote und ein Gemeinwesen als Wüste ernten. Dabei gilt für uns als SPD-Fraktion: Einschnitte in stabile ehrenamtliche Strukturen wollen wir unbedingt verhindern, die lebendige Kultur- und Sportlandschaft in Dachau soll bestehen bleiben.

Nebenbei nutzen diese vielfältigen städtischen Angebote in Sport und Kultur auch viele Menschen im Landkreis.

Womit ich zum nächsten Punkt komme.

Ein weiterer großer Posten im städtischen Haushalt: die Kreisumlage, für 2023 mit 34 Millionen vorgesehen – hier liegen wir bei einem Drittel des Verwaltungshaushalts. Hierzu ein interessantes Rechercheergebnis und Gedankenspiel. Nach einem Urteil



des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahr 2013<sup>1</sup> ist jeder Kommune eine sog. Mindestausstattung zu garantieren.

Es darf demnach die Kreisumlage nicht dazu führen, Zitat: dass die gemeindliche Ebene auf Dauer strukturell unterfinanziert ist.

Die finanzielle Situation des Landkreises war der Presse zu entnehmen, die jüngste Berichterstattung aus den Gremien zitiert den dortigen Kämmerer, er rechnet mit einem Anstieg auf 52 Prozent. Wann werden wir hier in Dachau mit der Kreisumlage an die Grenzen der Leistungsfähigkeit stoßen?

Verzicht ist ein Stichwort, das uns in diesen Zeiten begleitet. Verzicht fordern Stimmen in der Politik, Verzicht wird aus unterschiedlichen Gründen – Stichwort Klimafolgen und Klimabelastung – auf uns zukommen.

Der Stadtrat als Gremium entscheidet über den Haushalt. Die stete Botschaft des Kämmerers dazu zu jeder Zeit: Der Haushalt ist die Summe der Beschlüsse des Jahres, die wir mit Mehrheit und meist sogar einstimmig beschlossen haben. Das Menu ist also so bestellt und Grundlage des Haushalts. Jetzt beschreibt die Genehmigung der Rechtsaufsicht, die jetzt ansteht, die Grenze des Leistbaren und des Machbaren. In jedem Jahr stehen wir genau vor dieser Aufgabe.

Verzicht wird bereits geübt in Verwaltung und Stadtrat. Fragen Sie dazu mal die Vereine, die Verantwortlichen im Sport, die Beschäftigten im Rathaus. Ein neues Rathaus beispielsweise ist kein Luxus, sondern bedeutet bessere Arbeitsbedingungen statt überfüllter Büros. Das Projekt Rathausenerweiterung ist weiterhin vertagt.

---

<sup>1</sup> **BVerwG-Urteil vom 31.01.2013: Mindestausstattung der Gemeinde ist zu garantieren**

In einer Entscheidung vom Januar 2013<sup>[1]</sup> hat das Bundesverwaltungsgericht festgestellt, dass die Kreisumlage - auch im Zusammenwirken mit anderen Umlagen - nicht dazu führen darf, dass die gemeindliche Ebene auf Dauer strukturell unterfinanziert ist (Zitat aus der Begründung: "*Die verfassungsrechtliche Gewährleistung aus Art. 28 Abs. 2 GG verpflichtet den Landesgesetzgeber und die Kreise als Satzungsgeber gleichermaßen.*"). (Leitsatz 2 des Gerichts)., <https://kommunalwiki.boell.de/index.php/Kreisumlage>



Die Vereine kämpfen aktuell mit starken Belastungen durch Energiekosten und Inflation, wünschen sich mehr Unterstützung. Das ist nachvollziehbar.

Und dennoch ist zu sagen: Die freiwilligen Leistungen bewegen sich auf hohem Niveau. Ich erinnere an eine Bewertung durch einen Stadtratskollegen: Die Förderung des Sports, wie sie in Dachau besteht, ist beispielhaft weit über die Grenzen des Landkreises hinaus. Aktuell geben wir hier 1,3 Millionen Euro aus. Auch die Förderung im Kulturbereich kann sich nebenbei bemerkt sehen lassen mit über 180 Tsd. Euro und natürlich gäbe es auch hier Möglichkeiten, mehr zu tun. Ganz zu schweigen von weiteren freiwilligen Leistungen im sozialen Bereich. Aber nicht alles kann die Stadt leisten.

Die Personalkosten steigen - an dieser Stelle wird immer wieder gern Kritik geäußert. Betrachten wir aber den Umfang neu geschaffener Stellen, so wird klar: mit fast einem Drittel der neuen Stellen (also mit 10 Stellen) suchen wir Personal für die Kinderbetreuung, notwendige Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen. Weitere neu geschaffene Stellen entstehen mehrheitlich durch Aufgaben, die unausweichlich sind wie Datenschutz und Katastrophenschutz. Wir schaffen mit einigen Stellenanteilen, also Erhöhungen von Teilzeitstellen, Entlastungen an Stellen, an denen es besonders brennt – und vermutlich wäre hier noch mehr möglich. Auch hier wird also schon Verzicht geübt und mit Augenmaß agiert. Hier das Bild von einem ausgeweiteten Personalkörper zu malen entspricht weder der Realität, noch erkennt dieses Bild die Leistung der Beschäftigten an. Dieses Bild blendet auch komplett den Bevölkerungswachstum in Dachau während der letzten Jahre aus und die Mehrarbeit, die so entstanden ist in der Verwaltung.

In den Personalkosten bereits eingepreist ist übrigens auch eine verdiente und in



Zeiten der Inflationen notwendige Tarifsteigerung für die Beschäftigten (geschätzt 4 Prozent, somit 1,1 Millionen), natürlich auch mit Wirkung auf den Haushalt.

Die zuweilen geäußerte Idee, bei den Nachbesetzungen von Stellen einfach länger zu warten und so Geld einzusparen, teilen wir nicht – dann liegt nämlich entweder das Arbeitsfeld komplett brach oder die KollegInnen in der Verwaltung müssen das Fehlen unzumutbar lange auffangen. Zumal die Zeit bis zu einer Neueinstellung ohnehin oft lang ist, weil der Markt in vielen Berufsfeldern leergefegt ist.

Deshalb: Eine gute Verwaltungsarbeit braucht auch eine gute personelle Ausstattung. An dieser Stelle der ausdrückliche Dank der SPD Fraktion an alle Beschäftigten im Rathaus, im Bauhof und in den pädagogischen Bereichen für Ihre Arbeit, die so wichtig für alle Bürgerinnen und Bürger ist. Sie sind, ich bleibe dabei, das Kapital der Stadt.

Zwischenzeitlich ist auch die Höhe der Schlüsselzuweisungen bekannt. Der Betrag von 9,8 Millionen Euro liegt deutlich über der zu Recht vorsichtigen, konservativen Schätzung im Haushalt.

Im Fazit: Wir gehen davon aus, dass dieser Haushalt genehmigungsfähig ist.

Ja, ein ausgeglichener Haushalt ist das Ziel unserer Politik. Aber seien wir doch ehrlich zu uns selbst. Obwohl Dachau immer noch sehr viel besser dasteht als viele anderen Kommunen, und obwohl wir aktuell bei Schuldenstand nahezu null sind: Es wird in den nächsten Jahren aufgrund notwendiger Investitionen immer wieder notwendig sein, im Haushalt auch Kredite und Verpflichtungsermächtigungen zu berücksichtigen. Und somit ist auch immer wieder die Genehmigung erforderlich und immer wieder fraglich. Ein komplett normaler Prozess.



Oft sind übrigens in den vergangenen Jahren die jeweils eingeplanten Kredite im Dachauer Haushalt nicht notwendig geworden. Wir haben also seit 2014 keinen Euro an Krediten aufgenommen.

Die Zukunft zu ergründen, bleibt schwierig. Die bekannte Glaskugel ist nicht verfügbar. Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist sie selbst zu gestalten, sagte übrigens Willy Brandt.

Deshalb bleibt es weiter so, dass wir an die Grenze des Machbaren rücken werden, wenn wir einen Haushalt entwerfen, der notwendige Investitionen vorsieht, der freiwillige Leistungen beinhaltet und der den Stellenplan mit Augenmaß ausgestaltet. Die Grenze des Machbaren, das ist ein Schuldenvolumen, das wir kritisch im Blick halten und es ist die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts.

Kombiniert man diese Grenze mit einer konservativen Haushaltsführung, so gelingt es uns, um mit einem Bild zu sprechen - eng am Wind zu segeln und mit Augenmaß zu gestalten. Das Thema Genehmigungsfähigkeit und die strukturelle Unterversorgung des Freistaats bleiben uns dabei weiter erhalten. Der Gemeindegtag Bayern findet dazu deutliche Worte: Er fordert Bund und Länder auf, die Investitionsfähigkeit der Kommunen zu gewährleisten.

Die SPD-Fraktion stimmt dem vorgelegten Haushalt zu. Bleiben wir mutig und zuversichtlich, nutzen wir die Chancen, die wir als Stadt haben. Lassen Sie uns gemeinsam an einer guten Zukunft bauen.

Wir wünschen alle anwesenden Bürgerinnen und Bürgern, Beschäftigten, Pressevertretern, Kolleginnen und Kollegen, frohe und gesunde Weihnachtstage und ein glückliches, friedliches Jahr 2024. Denken wir an alle diejenigen, die weltweit nicht in Frieden leben können.

Vielen Dank.